

**Eine Klinik – 3 Standorte: Für den Erhalt der Krankenhäuser in Aurich, Emden und Norden
Dezentral: weil es besser ist für die Gesundheitsversorgung der Menschen im Landkreis Aurich**

Bereits drei Wochen nach der Unterrichtung über die Machbarkeitsstudie zum geplanten Zentralkrankenhaus soll der Kreistag Aurich in großer Eile über den Fortgang der Planungen entscheiden, die – wie die erste Erfahrungen mit der gerade fertig gestellten ersten Stufe der Machbarkeitsstudie zeigen - weder transparent noch ergebnisoffen sind. Es ist jedoch ein Irrglaube anzunehmen, dass mit einer solchen Entscheidung der gordische Knoten für eine zukunftsfähige Krankenhausversorgung im Landkreis Aurich zu durchschlagen wäre. Denn auch ein Neubau würde den Sachzwängen einer völlig falschen Gesundheitspolitik unterworfen sein, in der Krankenhäuser systematisch chronisch unterfinanziert werden und Fallpauschalen Patienten zu einem standardisierten Wirtschaftsobjekt machen. Zweidrittel der Krankenhäuser in Deutschland sind deshalb existenzbedroht! Dadurch erscheint dann der Weg in die extreme Sparsamkeit auch durch die Zentralisierung von Einrichtungen als der Königsweg, um Kosten zu senken, den Zuschussbedarf zu reduzieren und die so genannte Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Dabei wird unterschlagen, dass es in der Natur der neoliberalen Ideologie der Kostensenkung um jeden Preis liegt, nach jeder Einsparung weitere Anstrengungen zu verlangen. Wer nicht den Mut aufbringt, aus dieser sich selbst radikalierenden Spirale des Sozialabbaus auszubrechen, wird ständig eine weitere Personalreduzierung, einen steigenden Arbeitsdruck sowie die letztlich nicht mehr ganzheitliche, weniger an den Bedürfnissen der kranken Menschen ausgerichtete Behandlung der Patienten und deren Angehörige zu verantworten haben. Alle Kreistagsabgeordneten stehen mit der Entscheidung für oder gegen den Bau einer Zentralklinik an einem Scheideweg: Wird dieser Weg weiter gegangen, droht die Privatisierung mit noch mehr Nachteilen für Personal und Patienten.

Deswegen reicht DIE LINKE. im Kreistag Aurich folgenden Änderungsantrag ein:

1. Die Pläne für ein Zentralkrankenhaus werden nicht weiter verfolgt, weil die Ergebnisse der vorgelegten Machbarkeitsstudie keine andere Schlussfolgerung zulassen. Weder sind die angeblichen betriebswirtschaftlichen Vorteile plausibel dargelegt worden noch gibt es eine Darstellung der volkswirtschaftlichen Folgekosten, die beispielsweise durch die erheblichen Verkehrssteigerungen oder durch die Schwächung der städtischen Versorgungsfähigkeit auf dem Gesundheitssektor entstehen.
2. Stattdessen soll untersucht werden, wie die durch die Zusammenführung unter einem Dach an den bestehenden drei Standorten Aurich, Emden und Norden eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung bei möglichst großer Reduzierung des Zuschussbedarfs umgesetzt werden kann. Dazu sollen mögliche Szenarien untersucht werden, die bei Beibehaltung einer jeweiligen örtlichen Grundversorgung eine Aufgabenteilung durch Schwerpunktbildung bzw. Spezialisierung zulassen.
3. Der Kreistag lehnt eine Privatisierung wie auch die anderweitige Beteiligung privater Investoren, wie beispielsweise durch Public-Private-Partnership-Modelle, ab. Deswegen verbleibt das Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft.
4. Der Kreistag Aurich stellt fest, dass es eine gute Gesundheitsversorgung im Krankenhaus nur mit guter Arbeit geben kann, die fair bezahlt wird und so organisiert wird, dass sie das Personal nicht auslaugt oder krank macht. Die Mitbestimmung soll gestärkt werden. Betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen. Auf einen Stellenabbau wird verzichtet. Befristete Verträge werden in unbefristete umgewandelt. Auf Outsourcing oder Leih- und Werksarbeit wird verzichtet.
5. Der Kreistag Aurich fordert Landrat Weber nachdrücklich auf, den politischen Beratungsprozess endlich transparent, demokratisch und kooperativ zu gestalten. Dazu gehört die sofortige Erweiterung der Lenkungsgruppe um die GFA/FDP-Gruppe, die Bürgermeisterin aus Norden, den Auricher Bürgermeister und die Linksfraktion, die Aushändigung der vollständigen

**Eine Klinik – 3 Standorte: Für den Erhalt der Krankenhäuser in Aurich, Emden und Norden
Dezentral: weil es besser ist für die Gesundheitsversorgung der Menschen im Landkreis Aurich**

Machbarkeitsstudie zur Zentralklinik an alle Kreistagsmitglieder sowie die umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit, wozu auch die Benennung eines Ombudsmannes gehört.

6. Der Kreistag Aurich fordert Landrat Weber auf, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht vorzulegen, warum trotz des Wirkens der Beratungsfirma die Defizite nicht in dem versprochenen Umfang gesenkt werden konnten und wieviel Geld diese Firma für ihre Arbeit bislang erhalten hat.